

Nr. 18/1062**Fragestunde**

1. Kennzeichnungspflicht für Deos mit Aluminium
Anfrage der Abgeordneten Patrick Öztürk, Winfried Brumma, Sarah Ryglewski, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 17. Juni 2014
2. Rechtsmedizinische Versorgung im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Gabriela Piontkowski, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 18. Juni 2014
3. Betreuungsgeld gegen Chancengerechtigkeit?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Stephan Schlenker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Juni 2014
4. Bilanzierung und Weiterentwicklung des „Bremer Konsens zur Schulentwicklung“ in 2016
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Juni 2014
5. Nationales Cyber-Abwehrzentrum
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Juni 2014
6. Einrichtung von Heimintensivgruppen
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Juni 2014
7. Versorgungsauskunft auch für Beamtinnen und Beamte
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Juni 2014
8. Einführung von digitalem Radioempfang
Anfrage der Abgeordneten Patrick Öztürk, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Juni 2014
9. Nutzung von Creative-Commons-Lizenzen
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Frank Schildt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Juni 2014
10. Veröffentlichung von Senatsbeschlüssen
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. Juni 2014
11. Nach der Übernahme der BAföG-Leistungen durch den Bund - wohin mit den freiwerdenden Mitteln?
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. Juni 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Ausbildungsfonds im Bereich Altenpflege
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Juni 2014
13. Keine MTA-Ausbildung mehr in Bremerhaven?
Anfrage der Abgeordneten Silke Salomon, Bernd Ravens, Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. Juni 2014
14. Mit dem Rad durch Bremen, Bremerhaven und das Umland – doch wo geht es lang?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Andreas Kottisch, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. Juni 2014
15. Einstellung von Beamtinnen und Beamten im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 23. Juni 2014
16. Was weiß der Senat über TISA?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Juni 2014
17. Sozialleistungen für Asylbewerberinnen/Asylbewerber und Geduldete
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 30. Juni 2014
18. Zulassungsverfahren für den Vorbereitungsdienst für ein Lehramt
Anfrage der Abgeordneten Aydin Gürlevik, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 1. Juli 2014
19. Genehmigungen und Kontrollen von Mülldeponien wie der am Grauen Wall
Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 4. Juli 2014

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/1063

Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und weiterer schulrechtlicher Gesetze

Mitteilung des Senats vom 3. Juni 2014

(Drucksache [18/1414](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1064

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2014

(Drucksache [18/1379](#))

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 25. Juni 2014

(Drucksache [18/1457](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1065

Zwangsbehandlungen verhindern – PsychKG-Änderung aussetzen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 8. Juli 2014

(Drucksache [18/1473](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1066

Forensische Psychiatrie und Psychotherapie – Klinikum Bremen-Ost

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 13. Mai 2014

(Drucksache [18/1385](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 17. Juni 2014

(Drucksache [18/1443](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1067

Gesetz zu dem Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz

Mitteilung des Senats vom 3. Juni 2014

(Drucksache [18/1416](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1068

Korruptionsbekämpfung intensivieren – Bremisches Gesetz zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 18. Juni 2014

(Drucksache [18/1450](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/1069

Bremisches Gesetz zur Umsetzung des § 90a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch – Landesgremiumgesetz –

Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2014

(Drucksache [18/1460](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/1070

Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und anderer Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2014

(Drucksache [18/1474](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/1071

Gesetz zur Neuregelung des Vollzugs der Freiheitsstrafe in der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 8. Juli 2014

(Drucksache [18/1475](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 18/1072

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 29

– Petitionen L 18/260 und L 18/303 –

vom 9. Juli 2014

(Drucksache [18/1480](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen L 18/260 und L 18/303 wie vom Ausschuss empfohlen und setzt die restlichen Petitionen aus.

Nr. 18/1073

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die länderübergreifende Zusammenlegung der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln und der Sparkasse Bremerhaven und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Sparkassenstiftung Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 17. Juni 2014

(Drucksache [18/1441](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1074

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die länderübergreifende Zusammenlegung der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln und der Sparkasse Bremerhaven und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Sparkassenstiftung Bremerhaven

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 14. Juli 2014

(Drucksache [18/1483](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drs. 18/1441 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 18/1075

Pilotprojekte für integratives, soziales und nachhaltiges Bauen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. Mai 2014
(Drucksache [18/1394](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat und den Magistrat der Stadt Bremerhaven, bei der Umsetzung und der Fortsetzung der Wohnungsbauoffensive in Bremen und Bremerhaven geeignete Pilotprojekte für nachhaltiges Bauen und Umbauen zu identifizieren und zu kommunizieren.

Die Projekte sollen beispielhaft deutlich machen,

1. wie durch Bauen in Serien und in Modulbauweise die Bauzeit und Baukosten gesenkt werden können,
2. welche Materialien, Techniken und Gebäudetypen für nachhaltiges Bauen besonders geeignet sind,
3. welche Grundrisse und Techniken geeignet sind, um Wohnraum zu schaffen, der sich wandelnden Wohnbedürfnissen im Laufe des Lebens anpassen kann.

Dazu sollen „best practices“ motiviert und dargestellt werden, um

1. Kooperationen zwischen Bauträgerinnen und Bauträgern, Nutzerinnen und Nutzern sowie Trägern und Ressorts sichtbar und fruchtbar zu machen,
2. technische und ökologische Innovationen in Architektur und Handwerk zu befördern und breit zu vermitteln,
3. den Passivhausstandard in Richtung Nullenergie- oder Plusenergiehaus zu entwickeln,
4. gesundheitliche Prävention als Faktor der Wohnqualität zu berücksichtigen und zu etablieren.

Darüber soll der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende 2014 Bericht erstattet werden.

Nr. 18/1076

Gute Pflege als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben – Pflegeinfrastrukturbericht für das Land Bremen erstellen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Mai 2014
(Drucksache [18/1397](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 18. Juni 2014

(Drucksache [18/1452](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. einen Bericht zur ambulanten und stationären Pflege in Bremen zu erstellen, der u. a. auf folgende Fragestellungen eingeht:
 - a) Welche stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen gibt es in welchem Stadtteil? Bieten diese neben stationärer Pflege weitere Dienstleistungen an? Wie sind diese mit dem Stadtteil vernetzt, und wie wirken sie in den Stadtteil hinein?
 - b) Welche ambulanten Pflegedienste gibt es in welchem Stadtteil?

- c) Welche weiteren seniorenbezogenen Einrichtungen, Beratungsstellen, Dienstleistungen etc. existieren in welchem Stadtteil? Wie sind diese Einrichtungen miteinander sowie mit anderen Pflegedienstleistern außerhalb des Stadtteils vernetzt, und wie werden die jeweiligen Angebote nachgefragt?
 - d) Welche stadtweiten Beratungseinrichtungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige werden vorgehalten, und wie werden deren Angebote nachgefragt?
 - e) Welche nachbarschaftsbezogenen Einrichtungen gibt es in welchen Stadtteilen? Richten sie sich an bestimmte Personengruppen, wenn ja, welche, oder kann dort jede Nachbarin und jeder Nachbar Hilfe, Unterstützung und/oder soziale Kontakte finden?
 - f) Wie bewertet der Senat insgesamt den Nutzen von quartiersbezogenen Einrichtungen, von Nachbarschaftstreffs, von gemeinsamen Einrichtungen verschiedener Träger, die im Pflege-, Sozial-, Gesundheits- und/oder Kulturbereich Beratung, Unterstützung und Anregung geben, für das Ziel, allen Menschen möglichst unbehindert ein selbstbestimmtes Leben im Quartier zu ermöglichen?
 - g) Inwieweit gibt es Kooperationsstrukturen zwischen den oben genannten Einrichtungen und dem Gesundheitssystem, insbesondere den Krankenhäusern in Bremen und Bremerhaven? Wo müssten diese verbessert werden?
 - h) Wo sieht der Senat die Schwerpunkte für die weitere Planung der Pflegeinfrastruktur unter Berücksichtigung der unterschiedlichen demografischen Entwicklungen in den verschiedenen Quartieren in Bremen und Bremerhaven?
2. der Bürgerschaft (Landtag) binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung den Bericht vorzulegen.

Nr. 18/1077

Höchste Zeit für zukunftssichernde Pflege – Pflegeplan für das Land Bremen endlich vorlegen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2014
(Drucksache [18/1435](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1078

Breitbandversorgung im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. Mai 2014
(Drucksache [18/1402](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2014

(Drucksache [18/1462](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1079

Kampf gegen antibiotikaresistente Keime fortsetzen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Mai 2014
(Drucksache [18/1403](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1080

Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. Mai 2014
(Drucksache [18/1404](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2014

(Drucksache [18/1456](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1081

Preiskampf im Lebensmittelbereich stärker bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Juni 2014
(Drucksache [18/1413](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 3 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 1, 2 und 4 des Antrags wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der § 20 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen über den 31. Dezember 2017 hinaus unbefristet Geltung erlangt.
2. sicherzustellen, dass im Land Bremen regelmäßig allgemeine, anlassunabhängige Kontrollen bezüglich des Einstandspreises bei Lebensmitteln durchgeführt werden.
4. der Bürgerschaft (Landtag) hierüber innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 18/1082

Olympia nach Norddeutschland holen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2014
(Drucksache [18/1428](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1083

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bedeutung und Potenziale von Migrantenorganisationen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. Mai 2014
(Drucksache [18/1408](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 1. Juli 2014
(Drucksache [18/1463](#))
2. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 28
– Petition L 18/276 –
vom 11. Juni 2014
(Drucksache [18/1432](#))

3. Kindermedizinische Versorgung in Bremerhaven sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2014
(Drucksache [18/1429](#))
4. Bremische Entwicklungszusammenarbeit weiterentwickeln
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. Juni 2014
(Drucksache [18/1438](#))
5. 20 Jahre nach der Streichung des § 175 StGB müssen die Opfer endlich rehabilitiert werden!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Juni 2014
(Drucksache [18/1451](#))
6. Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Paulus-Gemeinde Christliche Gemeinschaft Bremen
Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2014
(Drucksache [18/1454](#))
1. Lesung
7. Strategien zur Förderung der seelischen Gesundheit entwickeln
Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2014
(Drucksache [18/1455](#))
8. Abfallimporte einschränken und die illegale Ausfuhr von Elektroschrott effektiv bekämpfen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 25. Juni 2014
(Drucksache [18/1458](#))
9. „Bremer Vereinbarung“ geschlechtergerecht fortschreiben
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 10. Juli 2014
(Neufassung der Drucksache [18/1459](#) vom 27. Juni 2014)
(Drucksache [18/1482](#))
10. „Ja“ zur EEG-Reform im Bundesrat
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Juli 2014
(Drucksache [18/1466](#))
11. Finanzielle Entlastungen durch den Bund für Bildung, Wissenschaft und Kita-Ausbau in Bremen nutzen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Juli 2014
(Drucksache [18/1489](#))
12. Gesetz zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes
Gesetz zur Änderung des Bremischen Ingenieurgesetzes
Mitteilung des Senats vom 15. Juli 2014
(Drucksache [18/1490](#))
1. Lesung
2. Lesung